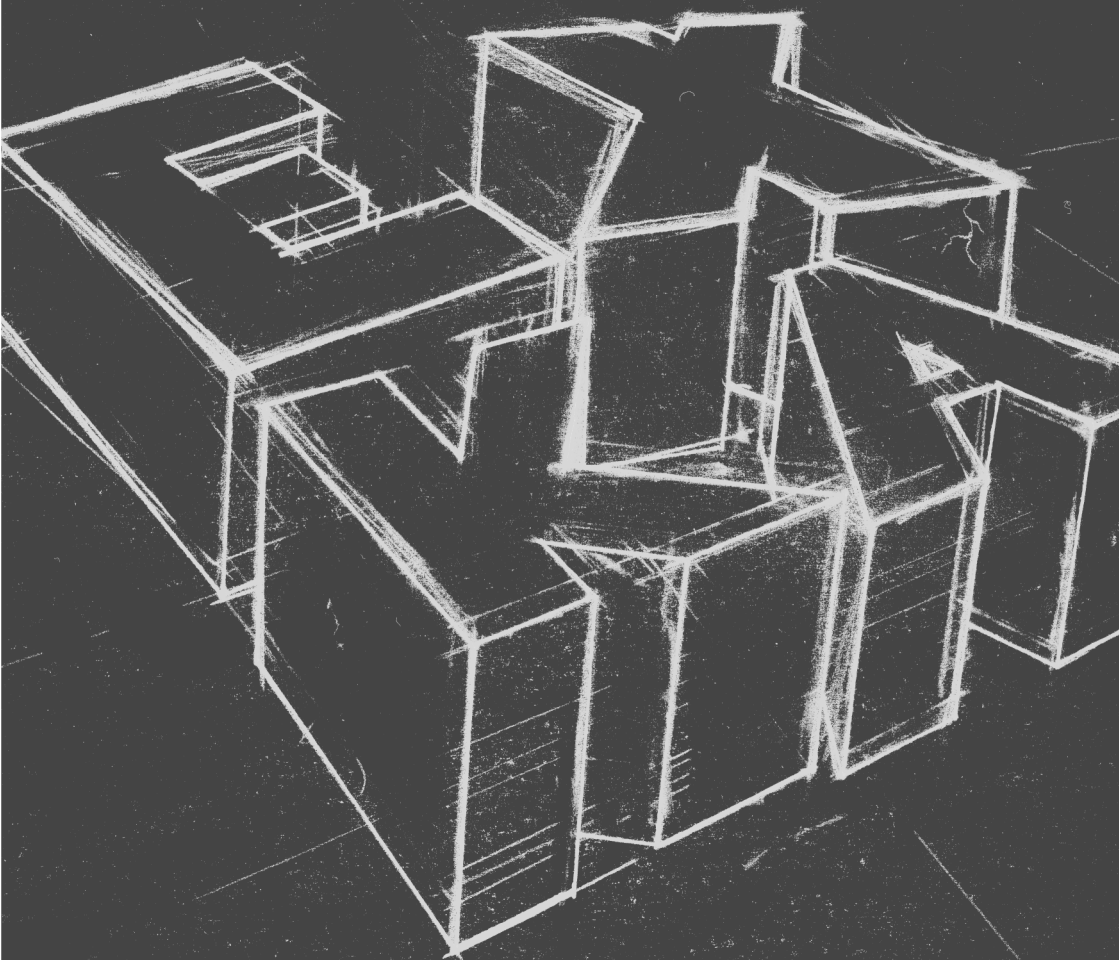


das experimentelle karree

Zum Stand der Dinge

Reader des Vereins Experimentelles Karree e.V.
Juni 2009



Verein Experimentelles Karree e.V.
Reitbahnstraße 84
09111 Chemnitz
info@exka.org
<http://www.exka.org>

Vorwort

Während beim Jugendaktionstag am 20. Juni 2007 in der Chemnitzer Innenstadt einige Jugendliche für Mitbestimmungsrechte, Freiräume und eine jugendgerechte Politik demonstrierten, besetzte eine Gruppe junger Leute, die seit einiger Zeit auf der Suche nach einem geeignetem Objekt zur Verwirklichung ihrer sozialen und kulturellen Vorstellungen waren, das unter Verwaltung des städtischen Wohnungsunternehmens stehende Haus in der Karl-Immermann-Straße 23.

Zu diesem Schritt entschlossen wir uns damals, nachdem Versuche, für unsere Anliegen bei Stadt und GGG Gehör zu finden, erfolglos blieben und die Erkenntnis reifte, dass Bestrebungen junger Menschen, in dieser Stadt ihre Lebensverhältnisse zu verbessern, von der hiesigen Administration mit Ausdauer ignoriert werden.

Wir hatten mit unserer Öffentlichkeitsarbeit von Anfang an nicht nur unser Projekt beworben und verteidigt, sondern auch immer die stadtplanerischen Zustände in Chemnitz kritisiert und auf verschiedene Weise versucht, Einfluss auf die Stadtpolitik zu nehmen.

Der Schritt des zivilen Ungehorsams und die Politisierung unserer Gründe und unseres Vorgehens, haben sich im Nachhinein als richtig erwiesen: Nicht nur deshalb, weil wir so unsere Standpunkte in den städtischen Diskurs tragen konnten. Wichtiger noch ist der Umstand, dass der öffentliche und politische Charakter des Projekts weitere Leute dazu inspirieren konnte, für die Umsetzung ihrer Ideen und Ansprüche zu streiten.

Aus dem Sammelsurium dieser Initiativen entstand vor einem Jahr das Vorhaben, gemeinsam die Häuser des Karrees Reitbahnstraße/Bernsbachplatz selbstverwaltet für soziokulturelle Zwecke zu nutzen. Ein Verein wurde gegründet und Konzepte erarbeitet.

Nach einiger Zeit scheinbar wohlwollender Verhandlungen, zeigte sich jedoch, dass die Stadtverwaltung und ihre Wohnungsgesellschaft ihre alte Rolle als Verhinderer jedes zivilgesellschaftlichen Engagements nach wie vor zu spielen wissen.

Dieses mal erhielten wir aber einen guten Einblick in die Geschäftsgebahren der GGG, wurden uns bewusst, welches Hindernis dieses Unternehmen für eine progressive Stadtentwicklung darstellt, und mussten lernen, wie der erklärte BürgerInnenwille von dieser Institution mit einem Handschlag übergangen werden kann. In Sachen Erkenntnisgewinn gilt für die Stadtverwaltung leider ganz ähnliches.

Die folgenden Beiträge geben einen Überblick der Verhandlungen um das Experimentelle Karree, analysieren und kritisieren die Argumente, die von GGG und Stadtverwaltung gegen das Projekt ins Feld geführt werden und beschäftigen sich mit der Rolle dieser Institutionen im Stadtentwicklungsprozess. Schließlich werben sie für Unterstützung und fordern die Umsetzung des Experimentellen Karrees.

Zum Schluss soll trotz aller Kritik nicht unerwähnt bleiben, dass wir von einigen AkteurInnen der Stadtpolitik auch Unterstützung bekommen haben, für die wir uns bedanken.

Inhalt

Chemnitz zwischen Ansprüchen und Widersprüchen	6
Taktieren und Konstruieren - Zum gegenwärtigen Stand der Verhandlungen um das Experimentelle Karree	10
Zur Analyse der städtischen Struktur	14
Standpunkte	20
Anmerkungen	22

Chemnitz zwischen Ansprüchen und Widersprüchen

Die fehlende Lebensqualität von Chemnitz ist seit Jahren der Ausgangspunkt für das Verlassen der Stadt, die zu dem ohnehin omnipräsenten Arbeitsmarktproblem erschwerend hinzutritt.

Uns soll es im Folgenden darum gehen, zu zeigen, wie verschiedene kommunale Institutionen im Angesicht dieser Tatsachen ihren eigenen Ansprüchen, partizipativ und bedürfnisorientiert zu agieren, zuwider handeln. Dieser Selbstanspruch, der sich aus dem Paradigmenwechsel von der wachsenden zur schrumpfenden Stadt hin ergibt, soll gerade den zivilgesellschaftlichen Kräften entgegenkommen, die der drohenden Versteppung der Orte Konzepte zur Belebung entgegensetzen. Diesem inhaltlichen Konsens zwischen kommunalen Institutionen und unabhängigen Akteuren steht eine Praxis entgegen, die dadurch kritikwürdig ist, dass sie nicht nur nicht passiv hinnimmt (was im Falle der schrumpfenden Stadt zumindest angemessen wäre), sondern geradezu hemmend eingreift.

Das Problemgefüge der Stadt Chemnitz setzt sich in diesem Sinne aus den Faktoren der allgemeinen Schrumpfung zusammen, aber auch aus der fast schon überhistorisch erscheinenden Unbeliebtheit der Stadt, die komplexe Ursachen hat. Der daraus entwachsende Überhang an Infrastruktur, wie Fabrik- und Wohngebäude und später Freiflächen, wird leider bisher als Beschleuniger der Negativspirale („Schandfleck“) identifiziert, als Standortproblem.

Die Stadt ist damit einem doppelten Anachronismus ausgeliefert: Ihr bis vor zwanzig Jahren erfolgreicher Zuschnitt auf reine Reproduktion (Arbeit und materielle Bedürfnisbefriedigung) ist nicht mehr zeitgemäß. Der verwegene Glamour, den eine moderne Großstadt zu bieten hat, und der nicht erst seit gestern als Standortvorteil erkannt wird, fällt in Chemnitz total aus. Andererseits werden die neuen potentiellen Kristallisationspunkte der urbanen Abenteuer (ebendiese Häuser und Fabriken) vorschnell oder doch zumindest nicht planvoll abgerissen oder einer illusorischen Verwertung zugeführt (Sanierung ohne Mietinteressenten), während in anderen Städten inspirierende Nachnutzungsprojekte vorangetrieben werden. Die fehlende Modernität der Stadt zeigt sich in den Fehlbewertungen und konservativen Verweigerungen gegenüber den modernen Häutungen der kapitalistischen Stadt. Sie hat den Schuss nicht gehört.

Es ist anzunehmen, dass in prosperierenden Großstädten eine härtere Gangart hinsichtlich der Privatisierung des öffentlichen Raums und eventuell aufbegehrender Jugendlicher, die Häuser wollen, angeschlagen wird. Chemnitz ist jedoch im Sinne seines eigenen Niedergangs darauf verpflichtet, auf diese kreativen Minderheiten Rücksicht zu nehmen. Die Stadt muss, auch wenn dies unter versachlichten Strukturen absurd scheint, unter den Bedingungen der Schrumpfung zunehmend auf die Bedürfnisse ihrer Bürgerschaft eingehen. Sie kann, anders als Münster oder Nürnberg, nicht auf die eine Handvoll verbliebener aktivistischer Wirkköpfe (KünstlerInnen, LiteratInnen, RaumpionierInnen) verzichten.

Das Erfolgsmodell Chemnitz, das in Imagebroschüren und missverständlichen Durchhalteparolen wie „Stadt der Moderne“ seinen Ausdruck findet, können wir nur selten erkennen. Wie mittlerweile auch die überregionale Presse wahrgenommen hat, ist Chemnitz nicht mehr nur die aufstrebende Kultur- und Industriestadt der Jahrtausendwende, sondern immer mehr das Beispiel für „schlechten“ Stadtumbau und fehlende Partizipation der Bevölkerung.¹ In diesem Sinne stellt sich immer wieder die Frage: Was fehlt der Stadt?

Der Brühl

Diese Gedanken mögen eine Rolle gespielt haben, als vor vier Jahren das Projekt der Wiederbelebung des Brühls aufkam. Die Idee eines weitgehend deregulierten Jugendviertels mit den entsprechenden Freiheiten, kam jedoch alsbald ins Stocken. Zwar wurden eine Handvoll „Szeneläden“ auf dem Brühl angesiedelt, doch kamen dem keine „SzenebewohnerInnen“ nach. Als dann ein großer Teil des Ensembles an einen Altenheimbetreiber verkauft wurde, schien es naheliegend, dass allzu konträre Lebensentwürfe zu unüberwindbaren Konflikten führen würden. Das Ausbleiben eines politischen Beschlusses über die „Freischaltung“ des Brühls als Viertel mit erhöhten, jugendgemäßen, Lärmpegel usw., tat schließlich sein übriges.

Seit diesem Jahr gibt es wieder ein Engagement für den Brühl, was vom Verein „Experimentelles Karree“ begrüßt wird. Entgegen der kleinmütigen, bescheidenen Selbstlimitierung auf „Eins von Beiden“, kann es für die Stadt Chemnitz auch für ihre Außenwirkung nur dienlich sein, das zuzulassen, was gewollt, also mit realen Bedürfnissen unterlegt ist. Das damalige Scheitern geht nicht auf ein Ausbleiben von

InteressentInnen zurück, sondern auf die Organisation des Vorhabens. Positiv ausgedrückt: Das kommunale Wohnungsunternehmen wurde mit dem Projekt politisch alleingelassen. Nochmals darf die damals verausgabte jugendliche Energie der beteiligten AkteurInnen nicht verschwendet werden, denn dann ist schon rein von der demographischen Situation her keine Wiederbelebung der Stadt mehr möglich.

Die Universität

Von integraler Wichtigkeit für jedes urbane Vorhaben in der Stadt sind die 10 000 Studierenden der TU Chemnitz. Diese zu aktivieren und von ihrem Campus „herunter“ zu holen wurde in den letzten Jahren bereits öfter versucht bzw. der Versuch wurde angesprochen. Das Lamento: Die Studierenden sind nur drei Tage in der Woche anwesend, wohnen ansonsten bei ihren Eltern im Erzgebirge und sind extrem mobil, was heißen soll: sind immer weg.

Anstatt sich jedoch ständig das mangelnde studentische Präsenz zu beklagen, sollte klar sein, dass es ein Problem der Aktivierung, der fehlenden Anknüpfungspunkte und Identifikationsorte gibt. Rufen wir uns Eines ins Gedächtnis: Zehn Prozent der Chemnitzer Jugendlichen und Studierenden bevorzugen „experimentelle Wohnformen“², finden diese aber nicht vor und gehen stattdessen fort oder überwintern in zumindest nicht ausdrücklich gewollten Wohnformen. Ähnlich verhält es sich bei vermissten Kulturangeboten oder der Urbanität in den Straßen: Wenn man es nicht selbst macht, wird es das Gewünschte nicht geben, so könnte die Chemnitzer Regel lauten. Dafür könnten die entsprechenden Rahmenbedingungen schlicht durch Abgabe der Kontrolle über ansonsten leer stehende Häuser geschaffen werden. Doch darauf lässt sich die städtische Administration nicht ein.

Das Experimentelle Karree

Das Experimentelle Karree schafft nicht allein den verwegenen Glamour in die Stadt. Es sorgt vielmehr für eine allgemeine Aura der unübersichtlichen Möglichkeiten und des Unerwarteten. Es ist damit auch mehr als nur eine Marotte einer Minderheit, da auch die befassten Kreise, die nicht unmittelbar Besucher sein wollen/können, das Projekt als urbanes Gefühl der Möglichkeiten anerkennen. Oder anders: Das Phänomen Südvorstadt/Connewitz wird auch vom Leipziger

Oberbürgermeister geschätzt, weil es die Integrationsfähigkeit und Vielfalt der Stadt darstellt.

Das ExKa stellt unter den Bedingungen des Stadtumbaus und der Peripherisierung ganzer zentrumsnaher Stadtteile eine geeignete Interventionsmöglichkeit dar, zu der noch viele andere (Wächterhäuser, Nachbarschaftsgärten, Kunst im öffentlichen Raum etc.) treten müssen, um der rasanten Verödung gleichermaßen mit dem Angebot der Selbstverwirklichung und der Partizipation entgegenzutreten. Das Signal des praktizierten Stadtumbaus mit Stacheldrahtzäunen und unkoordinierten Abrissen ohne nachhaltiges Konzept, lässt vermuten: Die „Profis“ machen den Stadtumbau, müssen aber glücklicherweise nicht dort wohnen. In dieser Hinsicht wäre es wünschenswert, wenn im Wohnungsunternehmen GGG (wenn es schon nicht vom Stadtplanungsamt koordiniert bzw. beeinflusst werden kann) Stadtsoziologen eine beratende Position einnehmen würden.

Taktieren und Konstruieren

Zum gegenwärtigen Stand der Verhandlungen um das Experimentelle Karree

Im Moment werden von GGG und einzelnen VertreterInnen der Stadtverwaltung Sachzwänge gegen das ExKa konstruiert, die das Projekt am Wunschort der Akteure verhindern sollen.

Eine komplette Absage an alle ExKa-Projekte scheint von Seiten GGG und Stadtverwaltung jedoch keine Option zu sein. Entweder weil es öffentlich nicht mehr vermittelbar ist, das Engagement des Vereins abzuwürgen, oder weil ein klein bisschen soziokultureller Schmelz den handfesten wirtschaftlichen Interessen doch nicht abträglich ist.

Stattdessen werden den Einzelprojekten derzeit unangemessene Alternativobjekte angeboten, die die Intention des Gesamtprojekts verfehlen und am ernsthaften Willen zur nachhaltigen Umsetzung des Projekts zweifeln lassen.

Einerseits berücksichtigen die Angebote nicht, dass das ExKa mehr als die Summe seiner Einzelprojekte ist. Der Umstand, dass hier viele Initiativen und Menschen an einem Ort verdichtet sind und das Projekt gemeinsam verwalten, erzeugt kreative Spannung und ermöglicht immer wieder die Reflexion über den Prozess. Darüber hinaus sind die angebotenen Ausweichobjekte aufgrund von Platzverhältnissen, baulichem Zustand, Lage und vorprogrammierten Konflikten mit AnwohnerInnen nicht adäquat.

Im folgenden sollen die Argumente, die das Experimentelle Karree angeblich verunmöglichen, dargestellt und kritisiert bzw. dekonstruiert werden. Es wird deutlich werden, dass nicht Sachzwänge das Projekt verhindern, sondern einzig und allein die Ignoranz der stadtplanerischen Entscheidungsträger gegenüber partizipativen Bestrebungen.

Zunächst soll hier aber nochmal der Stadtratsbeschluss vom 26.11.2008 abgedruckt werden, der die Umsetzung des ExKa an Ort und Stelle anordnet:

Das "Entwicklungskonzept Reitbahnviertel Chemnitz, Bericht Januar 2008" gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage als Grundlage des städtischen Verwaltungshandelns wird beschlossen. Die Verwaltung sowie der städtische Vertreter in der Gesellschafterversammlung (Detlef Nonnen; Anm. d. Red.) (Gesellschaftervertreter) werden aufgefordert, die

Zielstellungen des Konzeptes "Experimentelles Karree im Reitbahnviertel" zu unterstützen, insbesondere auf eine längerfristige Nutzungsmöglichkeit des Objektes Reitbahnstraße 84 im Rahmen dieses Konzeptes hinzuwirken.³

Einzelinteressen von Privateigentümern

Schon früh hat die GGG die Interessen der Keilholz GmbH gegen das ExKa positioniert. Eine profitable Verwertung der Keilholz-Häuser sei mit einem angrenzenden Kulturprojekt nicht möglich.

Zur Klarstellung: Das ExKa ist auf die Häuser der Keilholz GmbH nicht angewiesen. Es beschränkt sich auf die Grundstücke der GGG. Diese reichen für die Verwirklichung des Konzepts aus und sind dazu bestens geeignet, weil es sich bei ihnen um kommunales Eigentum handelt. Deshalb wurde ein Stadtratsbeschluss erwirkt, um soziokulturelle Projekte in diesen ansonsten leerstehenden Häusern über öffentlichen Druck zu ermöglichen.

Sofern das ExKa-Konzept die Häuser der Keilholz GmbH erwähnt, geschieht dies, um der Keilholz GmbH aus nachbarschaftlichen Gründen eine Möglichkeit der Nutzung aufzuzeigen. Beziehungsweise weil die GGG zwischenzeitlich mit ihrem Ansinnen einer Entwicklung im Kontext und der Berücksichtigung der Einzelinteressen von Privateigentümern bei den AkteurlInnen des ExKa verfangen hatte.

Schließlich hat sich jedoch im ExKa die Ansicht durchgesetzt, dass es nicht nachvollziehbar ist, weshalb die Interessen eines einzelnen Privatunternehmers ganz konkrete Bestrebungen um die Verbesserung der städtischen Lebensqualität blockieren sollten. Bestrebungen, die noch dazu von der gewählten Bürgervertretung gewollt werden und beschlossen wurden.

Dabei sind ExKa und Keilholz GmbH keinesfalls Gegenspieler. Hierzu genügt ein Blick auf die jeweiligen Interessen: Die Keilholz GmbH äußert selbst, sie sehe gern Studierendenwohnungen in ihren Häusern. Ein Widerspruch ist das nicht, denn das soziokulturelle Angebot des ExKa ist für Studierende durchaus attraktiv: Ein Kino, eine Kneipe, ein Stadtteilgarten gleich um die Ecke. Niedrigschwelliges Kulturangebot zum selber ausprobieren, das hat es bislang nicht gegeben in der Chemnitzer City, und genau das würde Studierende die Reichenhainer Straße herunterlocken.

Laut einer Studie sind zehn Prozent der Chemnitzer Studierenden an alternativen/experimentellen Wohnformen interessiert.⁴

Hierfür gibt es bislang kein Angebot in Chemnitz, das ExKa würde es liefern. Die Uni weiß das, das Stadtplanungsamt weiß das, das Kulturbüro weiß das und die Stadträtinnen und Stadträte wissen das. Einzig und allein Keilholz GmbH und GGG wollen davon nichts wissen. Warum?

Die GGG hat schon beim Brühl unter Beweis gestellt, dass sie mit Stadtteilentwicklung die graswurzeltartig von unten ausgeht wenig anfangen kann. Als größter Verwalter des Leerstands scheint sie nichts so sehr zu fürchten, wie den Kontrollverlust über einzelne leerstehende Häuser an StadtteilaktivistInnen.

Und es ist auch ganz bequem sich hinter den Keilholz-Häusern zu verstecken. So muss die schlechte Nachricht vom Scheitern des ExKa nicht überbracht werden. Die fehlende Bereitschaft den Stadtratsbeschluss umzusetzen bleibt im Verborgenen. Es wären dann einfach mal wieder die schlimmen Sachzwänge gewesen, welche unabwendbar gleich Naturgesetzen wirken.

Angebliche Sanierungsabrede

Als handfester Sachzwang, wurde den ExKa-AkteurInnen von Anfang an eine angebliche Sanierungsabrede zwischen GGG und der Keilholz GmbH entgegengehalten. Nach dieser vertraglichen Verpflichtung müsse die GGG ihre Immobilien im Karree entweder sanieren oder leerstehen lassen. Der GGG seien also leider die Hände gebunden, was die Bereitstellung der Häuser für das Projekt betrifft.

Auch wenn unsererseits Zweifel am Bestehen einer solcher Verabredung bestanden, ging die Strategie der Wohnungsgesellschaft auf: Die AkteurInnen waren jetzt bereit, auch über schlechtere Objekte zu verhandeln und die Sache schien sich jenseits des öffentlichen Diskurses von selbst zu klären.

Mitte Mai wurden dann zwei Treffen zwischen ExKa e.V. und GGG von den Bürgermeisterinnen Lüth und Wessler moderiert. Im Rahmen dieser Treffen wurde bezüglich des Themenkomplexes Sanierungsabrede von den AkteurInnen des ExKa investigativ nachgefragt. Schließlich räumten sowohl GGG als auch Keilholz GmbH ein, dass es eine solche Sanierungsabrede nicht gibt! Schriftlich sei hierzu nichts festgehalten

worden. Bislang wurde ExKa e.V. und Reitbahnstraße 84 auf solche Nachfragen hin immer nur geantwortet: eine Sanierungsabrede existiere, das ExKa könne deshalb nicht verwirklicht werden, die Reitbahnstraße 84 müsse deshalb ausziehen. Einblick in die Verträge könne nicht genommen werden, über juristische Details müsse Stillschweigen bewahrt werden.

Diese Frechheit wurde von der GGG dann noch einmal um einen Skandal erweitert: Aufgeschreckt von den Recherche-Ergebnissen des ExKa e.V. bezüglich der Sanierungsabrede, baten sowohl Keilholz-GmbH als auch GGG im Gespräch mit Bürgermeisterin Wesseler und dem ExKa e.V. um eine kurze Pause. Gut sichtbar für die wartenden Vereinsmitglieder schüttelten sich GGG und Keilholz GmbH demonstrativ die Hände. Als dann das gemeinsame Gespräch fortgesetzt wurde, verkündeten GGG und Keilholz GmbH sie hätten sich soeben auf die Sanierung des gesamten Karrees geeinigt, was natürlich das Ende des ExKa und des Wohn- und Kulturprojekts Reitbahnstraße 84 bedeuten würde. Mit einem kurzen Handschlag setzte sich also die GGG über den Stadtratsbeschluss hinweg.

Sanierungsabrede hin oder her, sofern sie vor dem Einzug des Wohn- und Kulturprojekts in die Reitbahnstraße 84 geschlossen worden wäre, hätte die GGG redlich gehandelt. Nachdem sich aber herausstellte, dass es eine solche Sanierungsabrede nie gegeben hatte, mussten GGG und Keilholz GmbH diese nun nachträglich abschließen, um ihre Argumentation von der Entwicklung des Karrees im Kontext aufrecht zu erhalten.

Angesichts solcher Methoden stellt sich natürlich die Frage: Wer plant eigentlich die Stadt?⁵

Zur Analyse der städtischen Struktur

Politik – was möglich ist

Die Stadt Chemnitz ist eine Stadt im Umbruch. Wirtschaftliche, demographische und gesellschaftliche Fragestellungen werfen entweder ihre Schatten voraus oder aber haben sich bereits fest im öffentlichen Diskurs etabliert. Dabei fällt auf, dass die politische Struktur der Stadt den realen Erfordernissen nicht gerecht werden kann.

Zu Beginn einer Analyse der städtischen Politik und deren Beitrag zum Prozess „Experimentelles Karree“ muss eine wichtige Grundlegung artikuliert werden: Der Verfasser nutzt im vorliegenden Text den Begriff der Stadt als Gesamtheit der „kommunalen Familie“, genauer also des städtischen Kollektivs mit den Teilen der demokratischen Institutionen (Stadtrat, Oberbürgermeisterin), des bürokratischen Apparates (Verwaltung in ihren Gliederungen, BürgermeisterInnen) und den hier so genannten exbürokratischen Apparat (Stadtwerke, GGG). Die Notwendigkeit der dritten Kategorie ergibt sich aus der Mischform der genannten Unternehmen als öffentlich zwar kommunal bezeichneter, aber im Kern privatwirtschaftlich agierender Einrichtungen. Die Einordnung der BürgermeisterInnen in den bürokratischen Apparat folgt logisch aus deren indirekter Wahl, womit sie Ausdruck der Zusammenarbeit der Parteien im Stadtrat sind.

Kennzeichnend für den gesamten Prozess in seiner politischen Dimension ist der Begriff der Kompetenzzersplitterung. Dieser ist festzuhalten als Grundlage der folgenden Analyse und muss in der sich anschließenden Definition als Arbeitsbegriff vorausgesetzt werden.

Kompetenzzersplitterung soll heißen, dass sich die Vielfalt der Ämter in der städtischen Verwaltung in wegweisenden Entscheidungsfragen negativ auswirkt. Langfristige Paradigmenwechsel sind nicht oder nur sehr schwer umzusetzen, wenn die Komplexität eines Prozesses wie des „Experimentellen Karrees“ die Zuständigkeit vieler Verwaltungseinheiten voraussetzt. Wenn es sich um reine Koordinationsfragen zwischen verschiedenen Ämtern handelt, ist eine sinnvolle Kooperation durchaus vorstellbar, wenn sich jedoch wie in Chemnitz persönliche Differenzen beimischen, werden Entscheidungen erheblich erschwert. Zudem ist die Vermittlung von Einzelinteressen, sowohl privaten als auch

inneradministrativen, ein weiteres Sandkorn im Getriebe einer effizienten Problemlösung. Das Auffällige daran ist, dass die demokratische Kompromissorientierung per se durch kapitalistische Handlungsmaximen torpediert wird, jedoch in Momenten, in denen klare Stellungnahmen gefordert sind, die Prämisse der öffentlich zu verantwortenden Entscheidung wie eine Monstranz vor der Parade der städtischen Verwaltung hergetragen wird. Hierarchieebenen bleiben ungenutzt und das eigentliche Primat des Politischen wird ad absurdum geführt durch die postulierten ökonomischen Sachzwänge, taugt aber immer noch, um eingeforderte, in der kapitalistischen Logik liegende effektive Entscheidungen zu verhindern.

Um ein Beispiel zu geben: Allein in der Planung des „Experimentellen Karrees“ sind folgende administrative Stellen eingebunden: Stadtplanungsamt, Jugendamt, Grünflächenamt, Kulturbüro, Amt für Baukoordination, Amt für Denkmalschutz. Nicht zu vergessen sind Kulturbürgermeisterin, Baubürgermeisterin, Kämmerer und Oberbürgermeisterin.

Die demokratische Gewaltenteilung und die notwendige Teilung der Verwaltung sollen hier nicht pauschal diskreditiert werden, vielmehr soll darauf hingewiesen werden, dass in deren Folge allerdings ein Höchstmaß an Abstimmung notwendig ist, die im betreffenden Prozess offensichtlich nicht stattgefunden hat. Die besten Konzepte versanden so im Mittelbau der Verwaltung. Es bleibt zu konstatieren, dass an diesem Punkt wahrscheinlich auch ein Höchstmaß an internen und externen persönlichen und politischen Vorbehalten eine Rolle spielt, auf die auch das demokratischste Gremium keinen Einfluss haben kann.

Ein weiterer Effekt hierbei ist der des Spielballs. Ein solcher muss jede Planung, jedes Konzept notwendigerweise werden, wenn es auf die Ochsentour durch Verwaltung und Kompetenzen, Parteien und Mandatsträger geschickt wird. Nicht nur, dass die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche je nach abzusehendem politischen Nutzen für die Entscheidungsträger aufgebläht oder eingekocht werden, schlimmer noch wirkt sich aus, wenn auf die vom Konzept intendierten Wirkungen eigene Interessen aufgesattelt werden.

Wo ist der Schuldige oder Interessen gegen Konzepte

Auf die Frage, wer konkret die Verantwortung für ein Scheitern des ExKa-Prozesses trägt, muss geantwortet werden, dass Personalisierungen an sich nicht nutzbringend sind und nur dort, wo AmtsträgerIn und Versagen eins zu eins korrelieren, entsprechende Aussagen erfolgen können.

Der oben bereits erwähnte Aufbau der städtischen Verwaltungsstruktur zeitigt nicht nur die schon besprochenen rein technischen Folgen, sondern geriert auch einen entsprechenden Geist. Dazu gehört die Erkenntnis, dass die Stadt Chemnitz ihrem ganzen Wesen nach strukturkonservativ bis ins Mark ist, dazu aber in keinem Fall steht. Stattdessen werben Kampagnen mit der vermeintlichen „Moderne“ der Stadt, die aber nur Sinn macht, wenn man bedenkt, dass die Gegenwart bereits als Postmoderne bezeichnet wird. Der Bezug auf eine mutmaßliche Modernität produziert im Zusammenspiel mit einer in großen Teilen verstockten und verknöcherten Verwaltung einen Geist der Schizophrenie, dem man nur schwer habhaft werden kann. Insbesondere dann, wenn die Dimension des kommunalen Handlungsrahmens von den politischen Ämtern der Stadt permanent überzogen dargestellt wird, auf Nachfrage aber sofort in sich zusammenbricht. Dass dies mit politischen Interessen zusammenhängt, ist offensichtlich, verbessert aber nicht das Urteil darüber.

Die Wurzel dieser fadenscheinigen Verbrämung politischer Machbarkeit ist schnell ausgemacht: das Privateigentum. Hierbei stellt sich die Kommune als unterste Ebene des bürgerlich-kapitalistischen Staates dar, der es anheimfällt, die Dichotomie zwischen Bedürfnissen der Basis und ökonomischen Sachzwängen in ihren realen Auswirkungen zu vermitteln. Dabei ist von der Administration gefordert, sich weich zu gerieren, aber hart in der Sache zu sein. Dies schafft ein Klima des Hinhaltens und Aussitzens, das jedes zivilgesellschaftliche Engagement zunichte macht. Des Weiteren muss hier nach der Zugänglichkeit der Machtstrukturen gefragt werden: Einmal etabliert, stellt es kein Problem dar, Beziehungen als auch Finanzmittel zur Verfügung zu bekommen. Überhaupt erst einmal am kommunalen Hahnenkampf der Verteilung der begrenzten Mittel zu partizipieren, kann aber bereits eine unüberwindliche Hürde sein, besonders wenn bereits etablierte Akteure neue Teilnehmer als Konkurrenz am städtischen Futtertrog wahrnehmen. Solange dies nicht der Fall ist, sind die städtischen Stellen begeisterte Rezipienten neuer Konzepte und versuchen mit entsprechenden Unterstützungen zu

werben.

Ein besonderer Bereich sind die kommunalen Unternehmen. Besonders die GGG als städtische Tochter spielt auch in der politischen Dimension des Prozesses „Experimentelles Karree“ eine entscheidende Rolle. Deren Zwiespalt, einerseits als kommunal verankertes und andererseits als privatwirtschaftlich agierendes Unternehmen, impliziert außer den genannten eine weitere Dimension als Akteur mit eigenen Interessen. Dies macht sie auf dreierlei Art beeinflussbar. Dabei wird ihr Handlungsrahmen begrenzt durch die Wirtschaftlichkeitsforderung und erweitert durch den politischen Willen. Letzterer wird jedoch von den politischen und demokratischen Akteuren, die einen entsprechenden Einfluss auf die Entscheidungen der GGG ausüben können, nur aus zwei Gründen artikuliert: Einerseits, wenn eine maximale Wirkung auf eine größtmögliche Gruppe von Menschen zu erwarten ist, wobei auch eine Zweitverwertung der politischen Effekte toleriert wird. Andererseits wird eine maximale Effizienz eingestellter Mittel zur Erreichung eben jener Effekte anvisiert, um eine Entlastung von ökonomischem Druck, der durch die höheren Ebenen der staatlichen Administration errichtet wird, zu forcieren. Dabei ist die Konstruktion von Sachzwängen bei Ausweichen-müssen der letzte Rettungsanker, der Widerpart zum erkannten Notwendigen kann dann nur mehr die Berufung auf das Faktische sein. Kurz: Je unangenehmer die potentiellen politischen Kosten, desto wahrscheinlicher die Berufung der Akteure auf die Forderung nach Finanzierbarkeit. Im Gegenzug: Je positiver die politischen Folgen und je andockbarer für eigene Inhalte, desto wahrscheinlicher die Ermöglichung von Konzepten, desto erfolgsversprechender die zur Verfügung gestellten Beziehungen. Beispiel: Innenstadt.

Im Übrigen hat die Beteiligung der Stadt am kommunalen Unternehmen nur geringe Auswirkungen, da nur machbar ist bzw. als machbar dargestellt wird, was finanzierbar ist bzw. politischen Nutzen bringt. Außerdem hat die parteipolitische Vielfalt im Aufsichtsrat zusammen nur 50% der Stimmen und damit politische Einflussmöglichkeit, die Prämissen der anderen 50% sind rein ökonomisch, d.h. die Einigkeit der politischen Vertreter wäre notwendig, um auf rein politischer Ebene zu intervenieren, was als ausgeschlossen gelten kann. Des Weiteren, und das spielt im vorliegenden Prozess eine gar nicht zu unterschätzende Rolle, verliert der Gesellschafterstatus der Stadt augenblicklich jede Wirksamkeit, wenn die entsprechende Person den politischen Willen nicht unterstützt.

In Person ist das CDU-Mitglied Detlef Nonnen, dessen Einflussmöglichkeiten ungenutzt blieben, schlicht weil er nicht will. Daran anschließend wäre die Hierarchie der Stadtverwaltung notwendig, die sich aber aus eben den gleichen politischen Gründen davor scheut, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Die Rücksicht auf den politischen Willen des Stadtrates ist nicht machbar bei Ungleichheit der Vorstellungen von Stadtrat und Gesellschafter, hinzu tritt noch die ökonomische Fragestellung.

Über die politische Unzuverlässigkeit experimenteller Projekte

Zunächst muss festgestellt werden, dass Experimente per se keine Verlässlichkeit implizieren und die, die sie tatsächlich mit sich bringen können, muss aus politischer Sicht immer unzureichend sein. Geschaffen werden aber kann diese im Schnellschuss nur durch ein Höchstmaß an Institutionalisierung. Ein weiterer Punkt ist, dass sich die unmittelbare Bedürfnisartikulation konfrontiert mit den städtischen Planungszielen, da beide unterschiedlichen Prämissen folgen. Erstere orientiert sich am schlichtweg Notwendigen, zweite ist den schon behandelten ökonomischen Fragen unterworfen. Jedoch involviert der Wunsch der Stadt nach Urbanität als Standortfaktor gleichzeitig die größtmögliche Kontrolle der ablaufenden Prozesse durch die entsprechenden städtischen Akteure um einerseits negative politische Auswirkungen zu vermeiden, zweitens die dauerhafte Existenz dieses „städtischen soft-skill“ zu bewahren und drittens die wirtschaftliche Rentabilität zu gewährleisten. Diese Ziele werden verfolgt a) persönlich und gruppenbezogen, d.h. bspw. in Parteien, b) kollektiv in der Verwaltung, c) in der Legitimation nach oben bzw. wahltaktisch nach unten, zugleich in der mittleren Ebene als Beweis, „am richtigen Platz zu sein“.

Die in experimentellen, unkonventionellen Projekten notwendige Fluktuation, die eben gerade die intendierte Urbanität erst zu produzieren in der Lage ist, widerspricht den geforderten festen, dauerhaften juristischen Ansprechpartnern. Hier muss konstatiert werden, dass das Vertrauen in Bewegung an der Basis bis auf Ausnahmen nicht vorhanden ist. Ob hier die DDR-Sozialisation oder der westdeutsche Muff der nach Chemnitz übernommenen dritten und vierten Verwaltungsebene die Hauptrolle spielt, sei hier ausgeklammert. Zumindest scheint das Ausführen der Direktiven die Maxime zu sein, während die Verwaltungsspitze keinen Überblick haben kann. Hierbei kommt wieder die Chemnitz Schizophrenie zum Tragen:

Die überschaubare kommunale Familie formuliert den Anspruch der Großstadt, krankt aber am Schrumpfen als einem negativ wahrgenommenen Vorgang. Hinein in die Brühe spielt noch die Verhaftung breiter Teile der städtischen Eliten in der Wachstumslogik der 90er und eine Ideologie der reinen Quantität, der Zählbarkeit sozialer Prozesse. Die wahrgenommene und produzierte Qualität hingegen, die reale Wirkung an der Basis, wird sträflich vernachlässigt. Ein unzureichendes Substitut soll dann die Evaluierung innerhalb der Verwaltung bringen, deren Maßstäbe von der Verwaltung festgelegt werden.

Perspektivisch müssen sich die städtischen Akteure fragen: Welche Institution hat welchen Horizont? Steht weiterhin die kurzfristige Orientierung zwecks Wahl bei demokratischen Gremien im Vordergrund, in deren Folge langfristige Projekte situativ verwertbar sein müssen? Verwaltet der bürokratische Apparat weiterhin lediglich und endet Innovation damit auch in Zukunft konsequent im Nichts? Sollen weiter Werbekampagnen für diese Stadt initiiert werden, die nicht anders als angestrengt und am Ziel vorbei konzipiert wahrgenommen werden und eine abstruse, an den realen Bedürfnissen der Menschen vorbei ideologisierte Identität konstruieren soll?

Standpunkte

Also, nochmal in aller Deutlichkeit: Die Objekte, die die GGG als hundertprozentige Tochter der Stadt für diese verwaltet, sind kommunales Eigentum und als solches im Sinne der EinwohnerInnen dieser Stadt zu nutzen. In diesem konkreten Fall haben Leute ihre Ideen für die Nutzung der Objekte Reitbahnstraße Ecke Bernsbachplatz klar artikuliert und für die Verwaltung der Häuser mit dem ExKa e.V. eine arbeitsfähige Struktur geschaffen. Auch außerhalb dieser Struktur ist das Projekt auf Wohlwollen gestoßen und hat UnterstützerInnen gefunden.

Wenn sich, wie hier, der BürgerInnenwille bezüglich der Nutzung des kommunalen Eigentums deutlich ausdrückt, sollte es für die GGG kein Rätselraten über die zukünftige Verwendung der betreffenden Objekte geben. Die stellvertretende Planung seitens der städtischen Gebäudewirtschaft ist hier schlicht überflüssig.

Die Argumente, die jetzt von der GGG gegen das Experimentelle Karree an Ort und Stelle ins Feld geführt werden, halten wir zum Teil für konstruiert, zum Teil sind sie angesichts der Situation, in der sich Chemnitz befindet einfach borniert.

Es sei hier noch mal hervorgehoben, dass eine einvernehmliche Lösung mit den Privateigentümern der restlichen Objekte des Karrees für uns wünschenswert ist. Jedoch ist unser Projekt keineswegs auf eine solche Lösung angewiesen. Umgekehrt ist es uns unverständlich, weshalb ein Kulturprojekt in der Nachbarschaft den Vermietungsabsichten dieser Privateigentümer widersprechen soll. Ganz im Gegenteil finden wir, dass so ein Standort besonders für junge Leute attraktiv ist.

Sollte das Experimentelle Karree tatsächlich den Verwertungsinteressen der Privateigentümer im Wege stehen, so das Argument der GGG, dann sei angemerkt, dass hier auf der einen Seite Unternehmen auf Gewinn durch Vermietung spekulieren, während auf der anderen Seite Menschen ganz konkret für ihre sozialen und kulturellen Lebensbedingungen in einer schrumpfenden Stadt streiten, die mehr und mehr an Lebensqualität verliert.

In den konkreten Angeboten von Ausweichobjekten, erblicken wir denn auch weniger ein Verständnis für dieses Unterfangen, als vielmehr den Versuch, nervig gewordene Akteure loszuwerden, ohne sich dabei den Skandal einzuhandeln, bürgerliches Engagement vor den Kopf zu stoßen oder Schuld an der Verstreichung von Fördermitteln der Projekte zu

tragen.

Da die Gebäudewirtschaft der Stadt also offensichtlich nicht in der Lage oder Willens ist, die partizipativen Bestrebungen der BürgerInnen in ihre Planung einzubeziehen, ist es nun Aufgabe der Politik dieses Defizit zu beheben.

Der Stadtratsbeschluss, der die Umsetzung des Projektes Experimentelles Karree an Ort und Stelle anordnet, ist der erste wichtige Schritt dahin. Es wäre für die Stadt eine Farce, würde die Umsetzung dieses Beschlusses irgendwo im Verwaltungsapparat versanden.

Danach sieht es aber im Moment aus und dabei wird deutlich, dass die städtische Administration weder strukturell noch personell auf die Anforderungen eingestellt ist, die sich für eine Stadt ergeben, in der sich das kulturelle Leben aufgrund fehlender Infrastruktur nicht mehr von selbst regulieren kann, sondern auf das Mitspielen von Politik und Verwaltung angewiesen ist.

Den wenigsten Entscheidungsträgern scheint bewusst zu sein, wie groß die Resignation vor allem von jungen Menschen bezüglich einer lebenswerten Perspektive in dieser Stadt ist und wie groß der Frust bei denen ausfällt, die daran etwas ändern wollen aber an der Undurchdringbarkeit des Verwaltungsapparates scheitern.

Die hohe Abwanderung bleibt indes niemanden verborgen. Und auch dass das soziokulturelle Umfeld, und nicht nur die individuelle wirtschaftliche Lage, hierfür ein ausschlaggebender Faktor ist, wird jeder unterschreiben. Ein Irrglaube ist es aber, dem vorherrschenden Mangel diesbezüglich mit staatlich geplanter Hochkultur oder sozialpädagogischer Intervention begegnen zu wollen, die mit den Interessen der Menschen nur als statistisch erhobene Daten rechnen.

Die Stadtpolitik sollte begreifen, dass die Interessen der BürgerInnen nicht nur im Abhaken von Wahlprogrammen deutlich werden, sondern Menschen gelegentlich Ideen umsetzen wollen, auf die sie selbst kommen und die sie selbst für wichtig erachten. Wer das ignoriert, behandelt Menschen als unmündige Verwaltungsmasse.

Aus all diesen Gründen bitten wir die GGG auch nicht, uns ihre Häuser zu überlassen, sondern fordern sie und die Stadtverwaltung auf, dem Stadtratsbeschluss Folge zu leisten und die notwendigen bürokratischen Maßnahmen in die Wege zu leiten, die die Nutzung der Häuser im Sinne des Experimentellen Karrees ermöglichen.

Anmerkungen

- ¹ "Wie eine Stadt mit Fördermitteln zugrunde gerichtet wird", Monitor-Sendung vom 14.5.2009,
<http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2009/0514/chemnitz.php5>
Arnold Bartetzky: "Anleitung zur Stadtzerstörung". FAZ 24. März 2009
- ² Chempirica (2008): Wohnwünsche junger Menschen, Ergebnisse einer Befragung von 1.300 sächsischen Berufsschülern und Studenten, Eigenverlag, Chemnitz
- ³ Beschluss-Nr. B- 133/2008, 1.
- ⁴ Chempirica (2008): Wohnwünsche junger Menschen, Ergebnisse einer Befragung von 1.300 sächsischen Berufsschülern und Studenten, Eigenverlag, Chemnitz
- ⁵ "Wer plant eigentlich die Stadt",
Artikel in der Freien Presse vom 30. April 2009

Notizen

<http://www.exka.org>